

Markus Berner
BDP-Fraktion
Sandbreitestrasse 20
8580 Amriswil

Hanspeter Grunder
BDP-Fraktion
Hauptstrasse 44
8269 Fruthwilen

EINGANG GR 19. Dez. 2012			
GRG Nr.	12	EA 17	72

Einfache Anfrage „Sozialverdrängungsprozess“

Seit der Einführung der Personenfreizügigkeit 1999 und dem Beginn der Finanzkrise im EU-Raum, immigrieren viele hochqualifizierte Arbeitskräfte mit Ihren Familien in den grenznahen Raum im Kanton Thurgau.

Die BDP nimmt die volkswirtschaftlichen Vorteile der Personenfreizügigkeit zur Kenntnis und will diese auch nicht in Frage stellen. Trotzdem stellen wir fest, dass die Mietzinsen für Wohnungen und die Baulandpreise aufgrund dieses Immigrationsdruckes ansteigen.

Die BDP des Kantons Thurgau freut sich für das Gewerbe und die Industrie, die von dieser Bautätigkeit profitieren, weist jedoch auch auf die Schattenseiten dieser Entwicklung hin. Der Kanton Zug hat diese Entwicklung mitgemacht und wir alle haben von diesen Personenschicksalen gehört, welche aus finanziellen Gründen ihren Heimatkanton verlassen mussten. Im Kanton Zug ist festzustellen, dass auch der Mittelstand unter dieser Entwicklung leidet. Neueste Zahlen belegen, dass auch in gewissen Regionen des Kantons Schwyz solche Vorkommnisse festzustellen sind. Die BDP-Thurgau stellt deshalb folgende Fragen:

- Ist ein Sozialverdrängungsprozess im Kanton Thurgau festzustellen (Wegzug von Thurgauern in andere Gegenden des Kantons oder andere Kantone)?
- Wie haben sich die Lebenshaltungskosten im Vergleich zum übrigen Kanton in diesen neuralgischen Zuzugsgebieten entwickelt?
- Bietet der Kanton Wohnbaugenossenschaften Support bei der Erstellung von günstigen Mietwohnungen?
- Ist der Regierungsrat auch der Meinung dass frühzeitig Gegenmassnahmen getroffen werden müssen, um einen solchen Sozialverdrängungsprozess wie er im Kanton Zug stattgefunden hat zu verhindern oder zu mildern?
- Ist der Kanton Thurgau in der Lage, mit vorhandenen Statistiken ein Monitoring aufzubauen, um frühzeitig einen Sozialverdrängungsprozess festzustellen, damit Gegenmassnahmen mit den betroffenen Gemeinden erarbeitet werden können?
- Wird abgeklärt, ob die „Zuzüger“ ihren Lebensmittelpunkt wirklich in die Schweiz verlegen? (Nicht nur Ankauf oder Anmietung von Objekten zwecks „Steuerflucht“, ohne sich hier überhaupt aufzuhalten)

Amriswil/Fruthwilen 13. Dezember 2012



Markus Berner



Hanspeter Grunder